

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

12/2014
Dezember 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Nürnberger Adventisten gewähren zwei äthiopischen Muslimen Kirchenasyl	Seite 1
	Freikirchen engagiert für das Wohl von Kindern	Seite 1
	VEF nimmt zwei Gastkirchen als Vollmitglieder auf	Seite 2
	Evangelische Allianz nimmt Stellung zur Sterbehilfe	Seite 3
	Bundeswehrkonzerte haben in Kirchen nichts zu suchen	Seite 4
	Konstanz würdigt Reformator Hus 2015 mit „Jahr der Gerechtigkeit“	Seite 5
	Evangelisch-Freikirchliche Akademie Elstal eingeweiht	Seite 7
International	Polizeigewalt: US-Adventisten fordern Gleichbehandlung aller	Seite 7
	Acht Adventisten unter den 28 Opfern des Bus-Massakers in Kenia	Seite 8
	Irak: Adventisten bauen in Erbil eine Kirche	Seite 9
	Österreichs Adventisten lehnen geplante Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes ab	Seite 9
ADRA	ADRA-Kinderzentrum erhält Stiftungspreis für gemeinnütziges Projekt	Seite 10
	Die ersten Weihnachtspakete werden verteilt	Seite 11
	Gesünder leben durch „Massai Ofen- und Solar-Projekt“ in Tansania	Seite 11
	Frau des US-Vizepräsidenten dankt ADRA Ukraine für Hilfsleistungen	Seite 12
	Psychosoziale Betreuung für Flüchtlinge im Nordirak	Seite 13
	Hilfe im Kampf gegen Ebola in Liberia	Seite 14
Zusätzliches Einkommen schon nach wenigen Wochen	Seite 14	
Medien	Viele Jugendliche von Informationsflut durch Smartphones überfordert	Seite 14
APD	Nachrichtenagentur APD Schweiz feiert 40-jähriges Jubiläum	Seite 15
Buchrezension	Paul Metzger, „Brennpunkt Ökumene: Möglichkeiten am Ort“	Seite 16
	„Biblia Graeca. Septuaginta / Novum Testamentum Graece“	Seite 17

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Jens-Oliver Mohr (stellvertretend), Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Nürnberger Adventisten gewähren zwei äthiopischen Muslimen Kirchenasyl

Nürnberg, 16.12.2014/APD Die beiden muslimischen Männer aus Äthiopien, 18 und 26 Jahre alt, welche etwa einen Monat lang in den Räumlichkeiten der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nürnberg-Mitte Kirchenasyl gefunden hatten, konnten dieses am 11. Dezember wieder verlassen. Eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde Nürnberg holte sie ab. Beide befinden sich nun in einer Unterkunft in der Nähe von Cham in der Oberpfalz in Ostbayern, teilte der Pastor der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte, Reiner Groß, mit. Da somit die sechsmonatige Frist abgelaufen sei, innerhalb der die Muslime in ein anderes EU-Land hätten zurückgesandt werden können, wäre nun die Durchführung eines Asylverfahrens in Deutschland möglich.

Laut Groß hätten die beiden Flüchtlinge nach langer Irrfahrt in Afrika endlich das Mittelmeer erreicht, wo sie mit einem „Schiff“ die Reise nach Europa antraten. Sie seien von der italienischen Küstenwache aus Seenot gerettet worden und über Italien nach Deutschland eingereist. Da sie in Italien kein Asyl beantragt hätten, wären sie im Falle einer Rückführung in das EU-Land von dort aus wieder nach Äthiopien abgeschoben worden, informierte Pastor Groß.

„Es war ein harmonisches Miteinander, auch wenn die Sprachverständigung nicht einfach war“, teilte der Geistliche mit. Die Deutschkenntnisse der beiden Männer wären sehr gering und auch die Verständigung in Englisch kaum möglich gewesen. Deshalb habe man aus Äthiopien stammende Adventisten gebeten, zu übersetzen. Aber auch das sei nicht ganz einfach gewesen, denn in Äthiopien gebe es über einhundert verschiedene Sprachen. Die Amtssprache Amharisch hätten die beiden Flüchtlinge nicht fließend sprechen können, aber zumindest besser verstanden als Deutsch oder Englisch. Oromo, die Mundart der beiden Muslime, wäre dagegen für die adventistischen Äthiopier unbekannt gewesen.

Die Adventgemeinde Nürnberg-Mitte hatte bereits im Herbst einer 33-jährigen Christin aus Äthiopien etwa zwei Monate lang in ihren Räumlichkeiten Kirchenasyl gewährt. Sie habe in ihrer Heimat als Sekretärin für die Oppositionspartei gearbeitet und sei nach der letzten Wahl mit anderen Oppositionellen ins Gefängnis geworfen und dort auch gefoltert worden. Sie wäre über die Niederlande nach Deutschland eingereist und sollte nach Holland abgeschoben werden. Das Kirchenasyl sei ebenfalls mit ausdrücklicher Duldung der Stadt Nürnberg erfolgt, sodass die Frau danach einen Asylantrag in Deutschland hätte stellen können, berichtete Pastor Groß. (2.215 Zeichen)

Freikirchen engagiert für das Wohl von Kindern

Stuttgart, 16.12.2014/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat die gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf das Wohl von Kindern in der Bundesrepublik in den Blick genommen. Dazu wurde am 25. November ein Fachgespräch in Stuttgart mit Vertretern aus Gesellschaft und Kirche abgehalten. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Kinder fördern – Kinder schützen“. Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass es in Freikirchen ein vielfältiges Engagement in dieser Hinsicht gebe.

„Uns geht es hier um die übrigen 20 Prozent“, betonte VEF-Präsident Präses Ansgar Hörsting bei der Veranstaltungseröffnung mit Bezug auf eine Umfrage, nach der 80 Prozent der Kinder in Deutschland mit ihrer Lebenssituation zufrieden seien. Staatliche Rahmenbedingungen reichten nicht, es werde auch ehrenamtliches Engagement benötigt, gab Marion von Wartenberg, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, zu bedenken.

Uwe Hück, Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Porsche AG, richtete ein leidenschaftliches Plädoyer für Integration und Förderung von jungen Menschen an die Zuhörer. „Wer reich ist, hat eine Verpflichtung, in soziale Bereiche zu investieren“, so Hück. Unter Verweis auf das eigene Beispiel machte er deutlich, wie so etwas aussehen könne. Hück unterstütze zahlreiche soziale Initiativen, vor allem im Bereich Bildung, Sport und Integration. 2013 gründete er eine Lernstiftung. Gleichzeitig mahnte Hück auch die Vermittlung von Werten an: „Jugend braucht Werte“ und Politiker benötigten Mut dazu.

Kinder und Jugendliche ganzheitlich zu fördern in einem Umfeld, das geprägt sei von Vertrauen und gegenseitigem Respekt, wäre das Bestreben der Pfadfinderschaft „Royal Rangers“ und des Jugendwerks des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden, stellte Pfadfinderleiter Peter Lehmann fest. „Dieser grundlegende Rahmen kann nur gewährleistet werden, wenn der Schutz vor Missbrauch in jeglicher Form natürlicher Teil unserer Arbeit ist.“

Nach Karin Toth, Referentin für Religionspädagogik der Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland (EmK), trage die EmK seit vielen Jahren dazu bei, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zum mündigen, selbst bestimmten und verantwortungsvollen Erwachsenen zu begleiten. Dennoch stünden Heranwachsende immer wieder in Gefahr, auf verschiedenste Weise Gewalt zu erfahren. „Gerade deshalb sind wir sehr engagiert, wenn es um Kinder und Jugendrechte, um Mitbestimmung und besonders um die Umsetzung des Bundeskinder-schutzgesetzes geht“, merkte Toth an. Sie zeigte auf, dass die EmK – wie auch andere Freikirchen – sich der Missbrauchsprävention schon gewidmet hätte, bevor dies in der öffentlichen Berichterstattung zu einem großen Thema geworden sei: „Wir sensibilisieren die Mitarbeiter, um sexuellem Missbrauch vorzubeugen. Außerdem haben wir für den Notfall eine Anleitung, um schnell zum Schutz der Kinder reagieren zu können.“

Christian Rommert, Leiter des Gemeindejugendwerks des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (GJW), stellte die Kampagne „Auf dem Weg zur sicheren Gemeinde“ zum Kindes- und Jugendschutz vor, die es seit 2009 gebe. Auch Kirchengemeinden seien keine „Insel der Seligen“, da sich potentielle Täter gezielt Orte suchten, die „unsicher“ seien. Vertrauen sei in Kirchen ein hohes Gut, das auch von Tätern leicht missbraucht werden könne.

„Wir sind mittendrin“, stellte die Vizepräsidentin der VEF, Bischöfin Rosemarie Wenner, in ihrem Schlusswort fest. Alle seien gefordert, ihren Beitrag zum Wohl von Kindern und Jugendlichen zu leisten.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und zwei Gastmitgliedskirchen an. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist seit 1993 Gastmitglied der VEF. Insgesamt zählen zu den VEF-Kirchen über 250.000 Mitglieder. Weitere Informationen: www.vef.de (3.427 Zeichen)

VEF nimmt zwei Gastkirchen als Vollmitglieder auf

Stuttgart, 16.12.2014/APD Die Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat am 26. November mit Foursquare Deutschland und der Anskar-Kirche zwei neue Vollmitglieder aufgenommen. In einem Gottesdienst in Stuttgart betonte VEF-Präsident Präses Ansgar Hörsting, er freue sich über die „Vielfalt von Prägungen und Traditionen“, die in der VEF durch eine gemeinsame Basis ermöglicht werde: „Die Überzeugung, dass Kirche die Gemeinschaft der Glaubenden ist, verbindet uns. Die Grundlage ist und bleibt die Einheit, die Jesus Christus gibt.“

Die Bedeutung des Zusammenseins von Christen hob auch der Leiter von Foursquare Deutschland, Jan von Wille, in seiner Ansprache hervor. „Das Zusammenbleiben – auch mit

den ganz eigenen Unterschieden – muss aktiv bewahrt werden.“ Hierfür sei die VEF ein guter Ort.

Vizepräsidentin Rosemarie Wenner ermutigte die Delegierten aus den Mitgliedskirchen zu einem „regen Austausch“. Die VEF lebe davon, dass „sich die Bünde mit ihren jeweiligen Gaben einbringen und dass sie sich von den anderen Mitgliedskirchen ergänzen lassen“, so die Bischöfin. Dieses Miteinander habe spürbare Folgen: „Gemeinsam können sich die Mitgliedskirchen in die Gesellschaft einbringen und etwas zum Positiven verändern.“

In diesem Sinne begrüße er „die Repräsentanz der VEF am Sitz der Bundesregierung und das damit zu Tage tretende politische Engagement“, betonte Dr. Tillmann Krüger, Leiter der Anskar-Kirche Deutschland, in seinem Grußwort an die Delegierten. Es sei wichtig, in öffentlichen Debatten auch die Stimme der Freikirchen zu hören: „Dabei geht es nicht um eine moralisierende Proteststimme, sondern um einen Beitrag aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, der in jeder Demokratie wesentlich sein sollte.“

Die beiden neuen Vollmitglieder der VEF, die bisher Gastmitglieder waren, gehören der charismatischen Gemeindebewegung an. Weltweit zählen zur Foursquare Kirche 51.814 Gemeinden mit 5,7 Millionen Mitgliedern und 48.000 hauptamtlichen Mitarbeitern in 147 Ländern. Foursquare Deutschland umfasst 33 Ortsgemeinden mit rund 1.100 Mitgliedern und zusätzlich etwa ebenso viele weitere regelmäßige Besucher. Foursquare lege besonderen Wert auf Evangelisation und Gemeindegründung (www.foursquare-deutschland.de). Zur etwa 700 Mitglieder zählenden Anskar-Kirche gehören sechs Gemeinden im Großraum Hamburg, in Hessen und Franken. Die kleine Freikirche möchte „Gemeinden für das 21. Jahrhundert bauen“ und dabei ihre Wurzeln in der Geistlichen Gemeinde-Erneuerung im Blick behalten (www.anskar.de).

Die 1926 in Deutschland gegründete Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat als Ziel die Förderung gemeinsamer Aufgaben, die Vertiefung zwischenkirchlicher Beziehungen sowie die Vertretung freikirchlicher Belange in der Öffentlichkeit. Zur VEF gehören zwölf Mitglieder sowie als Gastmitglieder die Evangelische Brüder-Unität (Herrnhuter Brüdergemeine) und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Die VEF-Kirchen zählen insgesamt über 250.000 Mitglieder. Weitere Informationen: www.vef.de (2.696 Zeichen)

Evangelische Allianz nimmt Stellung zur Sterbehilfe

Bad Blankenburg, 16.12.2014/APD Mit der Erklärung „Bedingungsloses JA für jedes menschliche Leben“ hat die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) eine Stellungnahme zur Diskussion um Fragen der „Beihilfe zur Selbsttötung“ veröffentlicht. Darin heißt es, dass jedes menschliche Leben von seinem frühesten Beginn bis zu seinem natürlichen Ende voller Würde sei. Deshalb widerspreche die DEA der Auffassung, dass es zu irgendeinem Zeitpunkt ein unwürdiges menschliches Leben geben könnte, in dem die Selbsttötung oder die Beihilfe zum Tod eine Option der Menschenwürde wäre.

Beihilfe zur Selbsttötung eine Grenzüberschreitung

Der Geschäftsführende Vorstand der Allianz äußert sich „tief davon überzeugt“, dass jeder Mensch, vom Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an bis zu seinem natürlichen Lebensende, als Gottes Geschöpf der menschlichen Willkür entzogen sei. Aber genauso wenig wie ein Mensch selbst bestimmen könne, ob und wann er zum Leben kommen wolle, habe er auch kein Recht, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen und über seinen eigenen Todeszeitpunkt zu bestimmen. Gott gebe das Leben und er beende. Darum sei auch die Beihilfe zur Selbsttötung eine Grenzüberschreitung vermeintlicher Selbstbestimmung. Ärztliches Handeln müsse in erster Linie auf Heilung, bei nicht oder noch nicht möglich erschein-

der Heilung auf die Verbesserung des Gesundheitszustandes von Kranken, ausgerichtet sein. Soweit dies nicht möglich sei, könne es nur darum gehen, Schmerzen und Leiden zu mindern.

Der Allianz-Vorstand bitte deshalb den Deutschen Bundestag, in der anstehenden Gesetzesdebatte in den nächsten Monaten sich für ein bedingungsloses „Ja“ zum menschlichen Leben und seiner Würde auszusprechen. Dazu gehöre die noch großzügigere Förderung und den weiteren Ausbau der Schmerztherapie. Auch sollte es ein flächendeckendes Angebot von Hospizen geben, um Menschen in der letzten Phase Leiden und Schmerz erträglicher zu machen und sie würdevoll im Abschiednehmen vom menschlichen Leben zu begleiten und im Sterbeprozess beizustehen.

Beihilfe – Nachhelfen – Töten auf Verlangen

Ein Gesetz zur Sterbehilfe, das selbst unter strengen Auflagen die Beihilfe zur Selbsttötung erlaube, würde nach Einschätzung der DEA „das (Un-)Rechtsbewusstsein noch weiter kippen“. Die „Beihilfe“ könnte dann zum „Nachhelfen“ und schließlich zum „Töten auf Verlangen“ führen. Auch wäre die Unterscheidung zwischen dem, was noch rechtens und dem was nicht mehr rechtens ist immer schwieriger. Es könnte sich zudem der „unmenschliche und unwürdige“ Druck auf Alte, Kranke, Behinderte erhöhen, „freiwillig“ aus dem Leben zu scheiden.

Adventisten – keine aktive Sterbehilfe

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten würde einen ethischen Unterschied machen zwischen dem Verzicht auf lebensverlängernde medizinische Maßnahmen, die nur das Leiden verlängern und den Tod hinauszögern, und dem Eingreifen mit dem Ziel, das Leben des Patienten aktiv zu beenden, betonte der Vorsitzende der Freikirche in Deutschland, Pastor Johannes Naether (Hannover). So sei es nicht notwendig, alle nur möglichen medizinischen Behandlungen vorzunehmen oder anzubieten, die lediglich den Vorgang des Sterbens verlängerten. Naether verwies dabei auf die „Konsensklärung über die Betreuung Sterbender“ der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) vom 9. Oktober 1992. Dort heißt es unter anderem: „Obwohl die christliche Liebe dazu führen kann, medizinische Maßnahmen, die Leiden vergrößern oder das Sterben verlängern, zurückzuhalten oder zu beenden, praktizieren Siebenten-Tags-Adventisten jedoch keinen „Gnadentod“ oder Hilfe zur Selbsttötung.“ Ergänzend wird hervorgehoben: „Die christliche Barmherzigkeit schließt Hilfe für Leidende ein. Beim Dienst an Sterbenden gehört es zur christlichen Verantwortung, Schmerzen und Leiden so weit wie möglich zu lindern. Das schließt jedoch nicht die aktive Sterbehilfe ein.“

Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Als Netzwerk hält sie zu 342 überregionalen Werken und Verbänden Kontakt. An 1.105 Orten in Deutschland gibt es aktive Allianzgruppen. Die DEA-Erklärung „Bedingungsloses JA für jedes menschliche Leben“ ist im Internet zu finden unter

<http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/-aa61e0789b.html>

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist eine weltweite evangelische Freikirche mit 18,1 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern in 215 Ländern. In Deutschland gibt es rund 35.000 Adventisten in 560 Kirchengemeinden. (4.035 Zeichen)

Bundeswehrkonzerte haben in Kirchen nichts zu suchen

Bonn, 16.12.2014/APD Deutliche Kritik an Militärmusik in Kirchen, gerade auch in der Adventszeit, haben die beiden evangelischen Friedensverbände „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) und „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer und Frieden“ (EAK) geäußert. „Bundeswehrkonzerte haben in Kirchen nichts zu suchen“, heißt es

in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Verbände, die an den evangelischen Militärbischof Dr. Sigurd Rink gesandt wurde.

Nach Ansicht von AGDF und EAK werbe die Bundeswehr mit ihren Konzerten in Kirchen nicht nur für Freiwillige angesichts ihrer zunehmend problematischen Personalsituation, sondern zugleich auch für ihr militärgestütztes Sicherheitskonzept und nutze dabei die besondere Ausstrahlung und Prägung des Kirchenraumes für ihre Öffentlichkeitsarbeit. „Sie bedient sich des positiven Ansehens der Kirche in weiten Kreisen der Bevölkerung“, kritisieren die beiden evangelischen Friedensverbände. Die Vorstände von AGDF und EAK fordern daher Kirchengemeinden auf, für Konzerte nicht auf Musikformationen der Bundeswehr zurückzugreifen und ihre Räume nicht für deren Konzerte zur Verfügung zu stellen.

AGDF und EAK regen darüber hinaus an, in Fällen, wo Militärkonzerte bereits stattgefunden haben, in den Kirchengemeinden über die Rolle des Militärs in der deutschen Politik und das Verhältnis von Kirche und Militär ins Gespräch zu kommen. Nach Ansicht der beiden Friedensverbände sei eine kritische Auseinandersetzung über dieses Thema angesichts unterschiedlicher Sicherheitskonzepte notwendig. AGDF und EAK verweisen dabei auf die EKD-Friedensdenkschrift von 2007, in der sich die Evangelische Kirche in Deutschland für den Vorrang einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung ausgesprochen hatte, um kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden.

In den vergangenen Monaten gab es immer wieder Diskussionen über Militärkonzerte in Kirchen. Er kürzlich hatte der „Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft“ in einem offenen Brief an die Synode und den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gefordert, sich grundsätzlich gegen Militärkonzerte in Kirchen auszusprechen. (1.958 Zeichen)

Konstanz würdigt Reformator Hus 2015 mit „Jahr der Gerechtigkeit“

Konstanz, 16.12.2014/APD Die Stadt Konstanz würdigt 2015, im Rahmen der Feierlichkeiten zum 600-jährigen Jubiläum des Konstanzer Konzils, den böhmischen Theologen und Reformator Jan Hus mit einem „Jahr der Gerechtigkeit“, teilte CBS KULTUR INFO mit. Der böhmische Reformator gilt als einer der Vordenker der Reformation. Jan Hus war mit dem Versprechen des freien Geleits zum Konstanzer Konzil gekommen, wurde dann aber inhaftiert und am 6. Juli 1415 als Ketzer in Konstanz verurteilt und verbrannt. Ein Jahr später ereilte seinem Gefährten Hieronymus von Prag das gleiche Schicksal.

Die Verurteilungen und Hinrichtungen der beiden böhmischen Gelehrten Jan Hus 1415 und Hieronymus von Prag 1416 gehören zu den Schattenseiten des Konstanzer Konzils (1414-1418). Jan Hus war nach Konstanz gereist, um seine theologischen Schriften zu verteidigen. Er hatte unter anderem kritisiert, dass die Kirche ihren Besitz mehre, viele Priester habsüchtig seien und forderte, dass man sich in Kirchenfragen auf die Bibel berufen sollte und nicht auf den Papst.

Der Prozess gegen Jan Hus auf dem Konstanzer Konzil 1415

König Sigismund, dessen Bruder König in Böhmen, der Heimat von Hus, war, hatte ihm dafür „Freies Geleit“ (salvus conductus) zugesichert. Die Zusage sollte ihn vor Strafverfolgung schützen und für Hin- und Rückreise sowie die Zeit in Konstanz gelten. Auch Papst Johannes XXIII., sagte Hus seinen Schutz zu. Trotz des königlichen Geleitbriefes und der päpstlichen Schutzzusage wurde Hus am 28. November 1414 gefangen genommen. Das Kirchenverständnis von Hus gefährdete in den Augen der Konzilsväter die Autorität der Kirche. Die Begründung zu seiner Verhaftung trotz Geleitbrief war, dass man einem Häretiker gegenüber keine verbindlichen Zusagen machen könne. Außerdem falle die Beurteilung seiner Lehren in den Zuständigkeitsbereich der Kirche und nicht in den des Königs.

Unter den Anklägern waren die einflussreichen Kardinäle d'Ailly, ehemaliger Kanzler der Sorbonne, sowie Fillastre, Jurist, und ebenfalls einer der führenden Akteure des Konzils. Ihr Ziel war es, Hus zum Widerruf seiner Lehren zu bringen.

Zu Beginn des Prozesses wurde eine Kommission mit der Prüfung der Schriften des Jan Hus beauftragt. Zunächst wurde Hus in seinem Gefängnis verhört, später folgten Anhörungen im Konstanzer Münster. Dabei ging es insbesondere um seine Haltung zu der Lehre des englischen Theologen John Wyclif.

Hus lehnte einen Widerruf stets ab. Er war fest davon überzeugt, rechtgläubig zu sein. Auch die Autorität des Konzils erkannte er nicht an. Schließlich wurde Jan Hus am 6. Juli 1415 als Ketzer verurteilt. Nach der Urteilsverkündung erfolgte die Degradation, die seinen Ausschluss aus dem geistlichen Stand bedeutete. Damit wurde er nun der weltlichen Gewalt unterstellt. Nachdem ihm eine Papiermütze als Zeichen des Häretikers aufgesetzt worden war, wurde er zur Hinrichtungsstätte geführt. Einen erneuten Aufruf zum Widerruf lehnte Hus ab, woraufhin er verbrannt wurde. Um eine spätere Reliquienverehrung zu verhindern, wurde seine Asche in den Rhein gestreut.

Endloses Warten auf Kirchenreform

Die vom römisch-deutschen König Sigismund und von Papst Johannes XXIII. für das Jahr 1414 nach Konstanz einberufene Kirchenversammlung sollte das seit mehr als 30 Jahren währende Große Abendländische Schisma – die Kirchenspaltung mit seit 1409 drei gleichzeitig amtierenden Päpsten – beenden und den drohenden Zerfall der katholischen Kirche verhindern. Mehr noch, es galt das Papsttum zu reformieren und gegen häretische Ideen vorzuziehen. Diese Ziele, „causa unionis“ (Wiederherstellung der Einheit), „causa reformationis“ (Kirchenreform) und „causa fidei“ (Klärung von Glaubensfragen), bildeten die Grundlage für ein kirchenpolitisches Großereignis und machten Konstanz vier Jahre lang zum Zentrum europäischer Politik und zu einer Plattform der kulturellen Begegnung und des Wissensaustausches.

Eine Reform der Kirche an „Haupt und Gliedern“ konnte vom Konstanzer Konzil jedoch nicht erreicht werden. Zwar wurde das Vorhaben auf zukünftige Konzilien vertagt, doch auch dort nicht gelöst. Rund einhundert Jahre später prangerte Martin Luther in seinen 95 Thesen die immer noch herrschenden Missstände in der Kirche an und gab damit den endgültigen Auslöser für eine Epoche, die den Namen „Reformation“ erhalten sollte.

Neben John Wyclif und Martin Luther zählt Jan Hus zu den drei herausragenden Persönlichkeiten des Reformationsprozesses im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit. Die Todesurteile gegen Jan Hus und Hieronymus von Prag zählen zu den Auslösern der Hussitenkriege, die im 15. Jahrhundert Europa verunsicherten. Die erbitterten Auseinandersetzungen um den Glauben prägten den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte bis heute.

Mit Internationalen und ökumenischen Gedenkveranstaltungen will die Stadt Konstanz im „Jahr der Gerechtigkeit“ an die beiden beständigen Männer erinnern und zur Auseinandersetzung mit Themen wie Toleranz, Umgang mit Andersgläubigen sowie Werten und ihrem Wandel anregen.

Konzilsgebäude

Das Konstanzer Konzilsgebäude von damals existiert noch heute. Es wurde zwischen 1388 und 1391 als Handelsstützpunkt und Markthalle am See gebaut. In diesem Gebäude fand lediglich das Konklave der Papstwahl im November 1417 statt, wo der römische Kardinal Oddo Colonna als Pontifex Martin V. präsentiert wurde. Der eigentliche Sitzungssaal des Konzils war der Bischofsdom, das heutige Münster.

Hus-Museum

Das Gebäude, in dem Johannes Hus mit Freunden aus seiner böhmischen Heimat während des Konstanzer Konzils vom 3. November 1414 bis zu seiner Festnahme als Ketzer am 28. November wohnte, wurde 1923 der Prager Hus-Museum-Gesellschaft für die Einrichtung einer Gedenkstätte überlassen. 1980 wurde es als Museum eingerichtet. Die Ausstellung dokumentiert Leben und Werk von Jan Hus. Weitere Schwerpunkte sind: Hus und das Konstanzer Konzil, Hieronymus von Prag, ein Freund von Hus, der ebenfalls auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde (1416), und Hus' Vermächtnis.

„Hussenstein“ zum Gedenken an Jan Hus

Ein schwarzer, querliegender Findling mit der goldenen Inschrift Johannes Hus am vermuteten mittelalterlichen Richtplatz im Stadtteil Brühl, westlich der Altstadt, nahe der Schweizer Grenze, erinnert an die Verbrennung des Reformators. Der als „Hussenstein“ bezeichnete Findling erinnert zugleich auch an den ebenfalls auf dem Konstanzer Konzil am 30. Mai 1416 hingerichteten Hieronymus von Prag. Daher ist in die andere Seite des Steins Hieronymus von Prag eingraviert. (5.645 Zeichen)

Evangelisch-Freikirchliche Akademie Elstal eingeweiht

Wustermark-Elstal bei Berlin, 16.12.2014/APD Der Präsident und der Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG), Hartmut Riemenschneider und Christoph Siba, haben die neu gegründete Evangelisch-Freikirchliche Akademie Elstal (EFA) in Wustermark-Elstal bei Berlin eingeweiht. Siba wünschte der Akademie „Mut und Freude dabei, sich mit zentralen Lebensfragen zu beschäftigen und in einen offenen Diskurs einzutreten“. Riemenschneider versicherte, man sehe als Leitung des BEFG die Akademie als Freiraum, um sich auch mit unbequemen Fragen auseinanderzusetzen.

Gegründet worden sei die Akademie, weil man die Bildungsangebote der verschiedenen Bereiche des BEFG bündeln und miteinander vernetzen wolle, erklärte EFA-Leiter Dr. Oliver Pilnei. Die Akademie biete neben Seminaren für Ehrenamtliche auch Fort- und Weiterbildungskurse für hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Gemeinden an und organisiere Tagungen zu aktuellen Themen. „Bei unseren Angeboten bedienen wir ein breites Themenfeld unter den Überschriften ‚Gottesdienst und Gemeindepraxis‘, ‚Leitung und Entwicklung‘, ‚Generationen und Gesellschaft‘, ‚Seelsorge und Psychologie‘ sowie ‚Theologie und Spiritualität‘“, erläuterte Pilnei.

Das Bildungsprogramm 2015 der Evangelisch-Freikirchlichen Akademie Elstal kann im Internet heruntergeladen werden unter
http://www.baptisten.de/fileadmin/user_upload/akademie/pdf/BP2015HP.pdf (1.212 Zeichen)

International

Polizeigewalt: US-Adventisten fordern Gleichbehandlung aller

Silver Spring, Maryland/USA, 16.12.2014/APD „Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika ist vom tragischen Tod von Eric Garner sehr bewegt und beklagt den Kummer, der über seine Familie gekommen ist und die Öffentlichkeit betroffen gemacht hat“, sagte am 8. Dezember Kirchenpräsident Pastor Daniel R. Jackson. „Wir sprechen der Familie unser tief empfundenes Beileid aus und werden weiterhin für sie beten.“

Der adventistische Kirchenleiter in Nordamerika nahm Stellung zur wachsenden Zahl von Demonstrationen im Anschluss an die Grand Jury Entscheidungen bezüglich der erlebten Polizeigewalt und des anschließenden Todes von Michael Brown in Ferguson, Missouri, und Eric Garner in New York. In einigen Bundesstaaten der USA kann der Staatsanwalt eine Grand Jury einsetzen, die aus einer unparteiischen Gruppe von Laien besteht. Sie entscheiden darüber, ob ausreichend Beweise vorhanden sind, dass eine Straftat begangen wurde.

„Die jüngsten Entscheidungen der Grand Jurys in Ferguson, Missouri, nach dem Tod von Michael Brown in Missouri und von Eric Garner in New York, haben bei vielen Amerikanern großes Entsetzen hervorgerufen“, sagte Pastor Jackson. Die Gleichbehandlung aller sei infrage gestellt. Viele Bürgerinnen und Bürger, einschließlich adventistischer Pastoren, Lehrer und Schüler, hätten an gewaltfreien Demonstrationen teilgenommen und friedlich Gerechtigkeit sowie einen Wandel gefordert. „Wir werden weiterhin vom Recht Gebrauch machen, um in friedlicher Weise unsere Forderungen nach Veränderungen zu stellen“, teilte Jackson mit.

„Es ist Zeit, mit einem offenen, ehrlichen, respektvollen und zielgerichteten Gespräch über Rechte und Gleichberechtigung aller Mitglieder unserer Gesellschaft zu beginnen“, forderte der nordamerikanische Kirchenleiter. „Wir hoffen, dass die Tragödie dieser beiden Todesfälle den dringend nötigen Wandel herbeiführen und auch das Leiden vieler ethnischen Gruppen in diesem Land bewusst machen wird. Wir beten dafür, dass dieses Bewusstsein zu wechselseitigen Gesprächen sowie zur Heilung führen wird und dass beiden Seiten in Frieden, Liebe und Entgegenkommen miteinander sprechen werden“, so Pastor Jackson. (1.937 Zeichen)

Acht Adventisten unter den 28 Opfern des Bus-Massakers in Kenia

Mandera/Kenia, 16.12.2014/APD Mindestens acht Mitglieder der evangelischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sind unter den 28 Opfern des Massakers an Fahrgästen eines Linienbusses, das am Samstagmorgen, 22. November, im Nordosten Kenias durch Al-Shabaab-Terroristen verübt worden ist. Das bestätigten Vertreter der adventistischen Kirchenleitung in Ost-Zentralafrika, mit Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, auf Anfrage der australischen Kirchenzeitschrift „Record“.

Nach Angaben von CNSnews.com stoppten die Terroristen bei Mandera den Bus mit 59 Plätzen, der in Richtung Nairobi unterwegs war und hätten die Passagiere befragt, um herauszufinden, ob sie Muslime seien.

„Sie haben mich gefragt, wie oft ich am Tag bete und forderten mich auf, einen Koranvers auswendig aufzusagen“, sagte einer der Überlebenden des Massakers gegenüber „Daily Nation“. „Wer auf diese Aufforderungen nicht in befriedigender Weise antworten konnte, musste sich mit dem Kopf nach unten in die schlammige Straße legen“. Dort seien die Herausgesuchten erschossen worden.

Am 24. November berichtete „The Standard“, dass von einer kleinen adventistischen Kirchengemeinde in Mandera, im äußersten Nordosten Kenias, im Dreiländereck Kenia-Äthiopien-Somalia, mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder bei dem Massaker umgekommen sei. „Wir haben zehn Mitglieder verloren“, sagte der adventistische Pastor David Matheka gegenüber „The Standard“. Es wäre sehr wahrscheinlich, dass die Adventisten in diesem Frühbus auf dem Weg zum Gottesdienst gewesen seien.

Die militante Terrorgruppe Al-Shabaab, mit Basis in Somalia, hat die Verantwortung für das Verbrechen übernommen. In ihrer Erklärung bezeichnet sie die christlichen Opfer des Massakers als „Kreuzfahrer“. Der Angriff sei eine Vergeltung für Razzien der Polizei in der Vorwoche, welche diese in Moscheen von Mombasa, der zweitgrößten Stadt in Kenia, mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung, durchgeführt habe. (1.747 Zeichen)

Irak: Adventisten bauen in Erbil eine Kirche

ADRA als Hilfswerk registriert

Erbil/Irak, 16.12.2014/APD Im Irak leben nach Angaben von Pastor Homer Trecartin, Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA), noch rund 50 Kirchenmitglieder. Einige von ihnen seien aus den Unruhegebieten nach Erbil ins kurdische Gebiet im Nordirak geflohen. In Erbil befindet sich der Sitz der Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Irak. Die adventistischen Christen versammelten sich dort jeweils am Samstag, dem biblischen Ruhetag, in einem gemieteten Raum, um den Gottesdienst zu feiern. Daran nahmen laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ auch Freunde, Nachbarn und gelegentlich andere Flüchtlinge teil.

Die kurdischen Behörden hätten der adventistischen Kirche geholfen, sich in Erbil registrieren zu lassen und ihnen auch die Bewilligung zum Bau einer Kirche erteilt. „Der Bau schreitet gut voran“, sagte Trecartin. „Das Gebäude wird einen Gottesdienstraum, Büros und zwei Wohnungen enthalten.“ Er habe Ende November während seiner viertägigen Pastoralreise im Irak eine kleine, aber sehr lebendige Gemeinde angetroffen. Auch in Bagdad würden die Kirchenmitglieder ihre Nachbarn zum Gottesdienst mitbringen.

Unter der Leitung von George Shamoun, Präsident der Adventisten im Irak, würden die Kirchenmitglieder mit eigenen finanziellen Mitteln sowie Spendengeldern jenen helfen, denen es noch schlechter gehe, erläuterte Pastor Trecartin. In mehreren Flüchtlingszentren für Binnenvertriebene hätten sie Toiletten gebaut, sowie Lebensmittelpakete, Decken und Winterkleidung verteilt.

ADRA Irak registriert

Nach viel Aufwand habe die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Irak bei den Behörden registriert werden können und sei dabei, qualifiziertes Personal ins Land zu bringen, Projekte vorzubereiten, damit noch mehr geholfen werden könne, sagte Homer Trecartin.

ADRA war seit 1995 im Irak tätig. Nach der offiziellen Erklärung von US-Präsident George W. Bush, dass der im März begonnene Irakkrieg im Mai 2003 beendet sei, eröffnete ADRA in Bagdad im Juli 2003 erneut ein Büro. Nach einer Anschlagserie in der Hauptstadt verließen 2004 die ausländischen ADRA Mitarbeiter den Irak.

Adventisten im Irak

2004 gab es im Irak 220 Adventisten, die sich in Mosul, Bagdad und in einer Kirchengemeinde im Nordirak versammelten. Die meisten Adventisten lebten damals in der Hauptstadt Bagdad. Die Freikirche ist seit 1923 im Irak vertreten und wurde 1959 staatlich anerkannt.

(2.188 Zeichen)

Österreichs Adventisten lehnen geplante Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes ab

Wien/Österreich, 16.12.2014/APD In einer am 1. Dezember veröffentlichten Stellungnahme zur geplanten Reform des österreichischen Fortpflanzungsmedizingesetzes lehnt die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich den vorgelegten Gesetzesentwurf ab, da der Schutz des Lebens nicht gewährleistet sei. Sie kritisiert dabei auf formaler Ebene das „Eilzugtempo“ in dem das Gesetz „durchgepeitscht“ werden soll und „die kurze Begutachtungsfrist, die praktisch kaum Raum zu einer seriösen Diskussion lässt“, als ausgesprochen fahrlässig. Auch sei es für die Kirche der Adventisten in Österreich kein Kriterium, dass „in anderen Ländern bereits wesentlich weitergehende gesetzliche Lösungen gelten“ würden.

Schutz des Lebens und Bewahrung der menschlichen Würde ein Grundwert

Grundsätzlich hält die Kirche fest, dass für Siebenten-Tags-Adventisten der Schutz des Lebens und die Bewahrung der menschlichen Würde einen Grundwert darstelle, „ebenso wie die Pflege und Erhaltung der körperlichen und seelischen Gesundheit. Wir stehen daher den Ergebnissen medizinischer Forschung zur Förderung und Wiederherstellung derselben grundsätzlich positiv gegenüber.“ Die kircheneigenen medizinischen Universitäten, insbesondere in den USA (Loma Linda University), leisteten diesbezüglich hervorragende Beiträge.

Anspruch auf Kinder?

Inhaltlich bemängelt die adventistische Kirche, dass das geplante Gesetz zwei Frauen, die in einer Lebensgemeinschaft oder eingetragenen Partnerschaft lebten, eine medizinisch unterstützte Fortpflanzung erlaube. Das sei dem Kindeswohl nicht zuträglich, da ihm der Vater vorenthalten werde und das Kindeswohl „dem angeblichen Recht Erwachsener auf Kinder geopfert“ werde. Damit würde „therapeutische zu wunscherfüllender Medizin“.

Eizellenspende

Da die Eizellenspende mit hohem Aufwand und Risiken verbunden sei, könnten die dafür in Aussicht gestellten „Aufwandentschädigungen“ einen finanziellen Anreiz darstellen, der Frauen in wirtschaftlichen Notsituationen einen solchen Schritt eher erwägen lasse. „Die Eizelle wird zur Ware, die spendende Mutter zur Rohstofflieferantin.“

Präimplantationsdiagnostik (PID)

Der Begriff „Diagnostik“ wirke irreführend, heißt es in der Stellungnahme der Adventisten. Eine Diagnose in der Medizin sei ein komplexer Vorgang, welcher im Krankheitsfall üblicherweise eine Therapie folge. Bei einer vermuteten oder festgestellten krankhaften Disposition einer befruchteten Eizelle bedeute dies aber die Vernichtung des frühen Embryos, „weil in diesem Stadium eine Therapie gegenwärtig gar nicht möglich“ sei. Richtiger wäre es „von einer Präimplantationsselektion zu sprechen“, die aber auch niemals garantieren könne, dass ein gesundes Kind geboren werde. Damit bestimmten Menschen darüber, welches Leben lebenswert oder unwert sei, beziehungsweise welche Menschen anderen Menschen zumutbar seien.

Adventisten in Österreich

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich hat seit Juli 1998 den Status einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft. Es gehören ihr 4.125 Mitglieder an, die sich durch die Glaubensstufe angeschlossen haben. Adventisten zählen einige Hundert Kinder und Jugendliche nicht als Mitglieder, da sie die Kindertaufe nicht kennen, sondern es den Jugendlichen selbst überlassen ob und wann sie sich durch die Erwachsenentaufe der Kirche anschließen wollen.

Weitere Angaben zur Kirche, ihrer Herkunft und Geschichte finden sich auf der Website:
www.adventisten.at (3.105 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

ADRA-Kinderzentrum erhält Stiftungspreis für gemeinnütziges Projekt

Weiterstadt bei Darmstadt, 16.12.2014/APD Das „Kinderzentrum Regenbogen der Hoffnung“ in der Republik Moldau erhielt einen Preis der Town & Country Stiftung in Höhe von 5.000 Euro. Die 2009 gegründete Stiftung widmet sich der Förderung benachteiligter Kinder und unterstützt auch unverschuldet in Not geratene Familien in selbstgenutztem Wohneigentum.

Betrieben wird das Kinderzentrum Regenbogen von der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) Deutschland mit Sitz in Weiterstadt bei Darmstadt.

Die Einrichtung befindet sich in der Republik Moldau, etwa 20 Kilometer außerhalb der Hauptstadt Chisinau. Dort würden nach Angaben von ADRA Deutschland Straßenkinder und Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen aufgenommen, ärztlich untersucht, medizinisch versorgt und wieder in den Schulalltag integriert. Angestrebt werde die Unterbringung in den eigenen Familien, bei Verwandten oder, wenn das nicht möglich sei, bei Pflegefamilien. Das Kinderzentrum entstand als Folgeprojekt der jährlich von ADRA Deutschland durchgeführten Aktion „Kinder helfen Kindern“.

„Ich bin froh, dass wir durch die Förderung der Stiftung eine gute finanzielle Grundlage für das Kinderzentrum im nächsten Jahr erhalten haben“, freute sich ADRA-Regionalkoordinatorin Anja Emrich. Der Town & Country Stiftungspreis richte sich bewusst an regional operierende gemeinnützige Organisationen, deren Projekte einer Vielzahl von Kindern zu Gute kämen. Pro Bundesland zeichnete die Stiftung bereits zum zweiten Mal Vereine und Einrichtungen aus, die benachteiligte Kinder in Familien, Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen unterstützen. Eine unabhängige Jury habe die Preisträger in den vergangenen Monaten aus 176 Bewerbungen ausgewählt. Das „Kinderzentrum Regenbogen der Hoffnung“ erhielt die Auszeichnung für Hessen.

ADRA Deutschland wurde 1987 von der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet. Als Mitglied eines weltweiten Netzwerks mit 134 nationalen Büros arbeite ADRA Deutschland daran, dass der Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen der Welt Einhalt geboten werde, so Pressesprecher Martin Haase. (1.926 Zeichen)

Die ersten Weihnachtspakete werden verteilt

Weiterstadt bei Darmstadt, 16.12.2014/APD Am 23. November war es wieder soweit: Die letzten Pakete der „Aktion Kinder helfen Kindern!“ 2014 wurden bei den Aktionsgruppen abgegeben. Laut der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hätten in diesem Jahr wieder über 30.000 Kinder bei der Aktion mitgemacht. Unter dem Motto „Teilen macht glücklich“ hätten sie etwas von ihren Dingen abgegeben, um es bedürftigen Kindern im Osten Europas zu schenken und ihnen so ein schönes Weihnachtsfest zu beschern.

Der erste LKW ging am 26. November auf die Reise ins Kosovo. Dort sei er mittlerweile gut angekommen und die ersten Pakete würden in den kommenden Tagen an die Kinder verteilt. Auch Kinder in Russland bekämen wieder Geschenke. Dort würden die Pakete vor Ort gepackt und an Kinder aus Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine verteilt.

Die Geschenkpakete gehen in diesem Jahr nach Albanien, Bosnien und Herzegowina, in das Kosovo, Litauen, Mazedonien, Montenegro, die Republik Moldau, Serbien, Russland und in die Ukraine. Welche Pakete wo verteilt werden, kann im Internet unter www.kinder-helfen-kindern.org verfolgt werden. (1.022 Zeichen)

Gesünder leben durch „Massai Ofen- und Solar-Projekt“ in Tansania

Weiterstadt bei Darmstadt, 16.12.2014/APD Wenn Massai-Frauen in Ostafrika das Essen zubereiten, dann tun sie dies in ihren Hütten auf offenen Kochstellen, berichtet Mirjam Greilich, Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland. Dabei müssten sie mit verrußten Wänden und Decken sowie in der Regel mit schweren Atemwegserkrankungen rechnen. Schuld daran sei das giftige Gas Kohlenmonoxid, welches

sich bei der Holzverbrennung entwickle und in der Hütte sammele. Außerdem benötigten die offenen Kochstellen viel Brennholz, was die Frauen in mühevoller, zeitraubender Arbeit auflesen mussten.

Mit dem „Massai Ofen- und Solar-Projekt“ möchte ADRA Frauen und ihren Kindern in Tansania zu einer besseren Gesundheit verhelfen. Die Frauen würden geschult, wie sie sich in ihren Hütten Kochstellen mit Abzug bauen können, die den Rauch nach außen abführen. Außerdem sollen kleine Solaranlagen auf den Dächern installiert werden. So hätten die Familien abends Licht in ihren Hütten oder könnten mobile Geräte aufladen. Unter Anleitung anderer Massai-Frauen lernten die Frauen den Aufbau eines geschlossenen Ofensystems. Dazu würden sie von ADRA die benötigten Materialien erhalten, wie geschweißte Abzugsrohre und Metallplatten, um in ihrer Hütte einen solchen Ofen einzubauen. Mindestens 300 Haushalte sollen laut Greilich so ausgestattet werden. Neben der gesundheitlichen Verbesserung für die Bewohner habe der neue Ofen noch weitere Vorteile: er verbrauche 60 Prozent weniger Brennholz und schone dadurch die Umwelt.

Was dies für die Massai-Frauen bedeutet schildert Mama Mbarakwo Moikan aus dem tansanischen Dorf Enguiki, die bereits solch einen neuen Ofen hat: „Keine schwarzen Wände und Decken mehr, keinen Ruß mehr, der stinkt und krank macht. Bevor ich den Ofen hatte, haben meine Augen gebrannt, jede Woche musste ich mit einem meiner Kinder ins Krankenhaus, weil sie starken Husten hatten. Seit ich den Ofen habe, muss ich nur noch zwei-, statt viermal die Woche in den Busch zum Holz sammeln. In der gewonnenen Zeit kann ich auf dem Feld und im Ziegenstall arbeiten. Jetzt in der Regenzeit nutze ich die Zeit, um Gemüse und Nahrungsmittel anzupflanzen. Mein Heim bleibt viel länger warm mit dem Ofen, als mit dem offenen Feuer.“

(1.996 Zeichen)

Frau des US-Vizepräsidenten dankt ADRA Ukraine für Hilfsleistungen

Kiew/Ukraine, 16.12.2014/APD Jill Biden, die Frau von US-Vizepräsident Joe Biden, besuchte am 21. November in Kiew eine Notunterkunft für Binnenvertriebene aus der Ostukraine der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Ukraine. Laut Andrew McChesney, Moskau-Korrespondent der amerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR), habe sie dem Hilfswerk sowie dessen Partnerorganisationen USAID und UNDP, Hilfsorganisationen der amerikanischen Regierung und der UNO, für die Unterstützung von Menschen gedankt, die aus der Ostukraine aufgrund von Gewalt vertrieben worden seien.

„Viele Vertriebene haben nicht einmal eine vorübergehende Bleibe“ sagte Jill Biden. „Wegen des anbrechenden Winters, könnte sich diese Tragödie in eine Krise ausweiten, wenn wir nicht gemeinsam handeln.“

Gleichzeitig habe Joe Biden mit Petro Poroschenko, dem Präsidenten der Ukraine, über Maßnahmen gesprochen, die der angeschlagenen ukrainischen Wirtschaft helfen könnten.

Konflikt in der Ostukraine hat bereits 4.300 Tote gefordert

Nach sieben Monaten des Konflikts im Osten der Ukraine zwischen nach Unabhängigkeit strebenden Separatisten und Regierungstruppen stehe das Land vor einem harten Winter. Laut UN-Angaben seien bei den Kämpfen mehr als 4.300 Menschen getötet worden und rund 460.000 in andere Teile der Ukraine oder über die Grenze nach Russland geflohen.

US-Regierung unterstützt mit drei Millionen US-Dollar Welternährungsprogramm

Beim Besuch im Hauptsitz von ADRA Ukraine kündete E. Jed Barton, ein leitender Beamter der Hilfsorganisation der amerikanischen Regierung USAID, drei Millionen US-Dollar (2,4 Millionen Euro) als Unterstützung für das Welternährungsprogramm (WFP) der Vereinten Nationen an, um rund 120.000 Vertriebene in der Ukraine mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Ukrainer helfen Ukrainern

Laut „Adventist Review“ hätten ADRA Ukraine, die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und der adventistische Fernsehsender „Hope Channel“ in den letzten sechs Monaten in der Ukraine Geld für das Hilfsprojekt „Engel des Ostens“ gesammelt und 200 Tonnen Hilfsgüter verteilt. Dabei seien auch 28.200 Euro als Unterstützungsleistungen an Vertriebene ausgezahlt worden.

Das Hilfswerk ADRA Ukraine beherberge derzeit fünf Familien in seiner Notunterkunft in Kiew, die Platz für 20 Familien biete. In den vergangenen sechs Monaten hätten darin rund 400 Familien für die Dauer von einem Tag bis zu vier Monaten Schutz gefunden. (2.181 Zeichen)

Psychosoziale Betreuung für Flüchtlinge im Nordirak

Wien/Österreich, 16.12.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat ein neues Projekt in Erbil für in den Nordirak geflohenen Flüchtlinge begonnen. Die meisten lebten in den von Kurden kontrollierten Bezirken Dohuk, Erbil und Suleimaniya, so Corinna Wagner von ADRA Österreich. Flüchtlinge in der Region Erbil wohnten in gemieteten Räumen, bei Gastfamilien oder in Sammelunterkünften, wie Schulen, Kirchenhöfen, Parks oder nicht fertiggestellten Rohbauten.

Im bevorstehenden Winter würden in einigen Regionen ein bis drei Meter Schnee erwartet. Die meisten Familien hätten keine Einkommensmöglichkeit und seien von Hilfe abhängig. Sie würden größtenteils von der Bevölkerung, die sie aufgenommen habe, oder von Hilfsorganisationen versorgt. Aber es gebe viele Lücken, die bisher nicht so leicht gedeckt werden könnten. Eine dieser Lücken sei die psychosoziale Betreuung der Flüchtlinge, teilte Corinna Wagner mit. Viele hätten traumatisches erlebt, während sie aus ihrer Heimat fliehen mussten. Die überfüllten Unterkünfte sowie die Abhängigkeit, keine Möglichkeit, selbst ein Einkommen zu verdienen, fügten weiteren Stress hinzu. Sie würden die lokale Sprache nicht verstehen und ihre Kinder verpassten den Schulunterricht. Das belaste die Familien.

ADRA möchte laut Wagner die Flüchtlinge in ihre Gastregion integrieren, ihnen Zugang zu Einkommen und eine Schulausbildung für die Kinder ermöglichen. Im ADRA-Zentrum in Erbil werde soziale und psychologische Betreuung angeboten. Auch gebe es Kurse zum Erlernen der kurdischen Sprache und Förderunterricht für Kinder, damit sie den Sprung in die Schule schafften. Ausgewählte Flüchtlingsfamilien erhielten einen Kleinkredit, um ein Familienunternehmen zu gründen, andere würden als Projektmitarbeiter angestellt, um die vielen Kinder tagsüber zu betreuen. Auch die gastgebende Bevölkerung werde in die Projektaktivitäten mit einbezogen, um Neid gegenüber den Flüchtlingen vorzubeugen und die Integration zu erleichtern, betonte Corinna Wagner. (1.800 Zeichen)

Hilfe im Kampf gegen Ebola in Liberia

Wien/Österreich, 16.12.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat ein sechsmonatiges Projekt begonnen, um vor allem den Ebola-Virus in Liberia einzudämmen. Dadurch möchte das Hilfswerk ein erstes, bereits abgeschlossenes Nothilfeprojekt in den nahe Sierra Leone liegenden Regionen Bomi, Grand Cape Mount und Gbarpolu ausweiten.

Untersuchungen, die ADRA gemeinsam mit dem liberianischen Sozialen Wohlfahrts- und Gesundheitsministerium durchgeführt habe, hätten ergeben, dass es an vielen Orten unzureichende Schutzausrüstungen und zu wenig vorbeugende Maßnahmen gebe. Auch die Koordination und Logistik wären problematisch. Erschreckend sei die hohe Zahl der infizierten Mitarbeiter in Gesundheitszentren in Liberia. Viele von ihnen würden aus Furcht die Arbeits-

plätze verlassen. Da so noch mehr Patienten gestorben seien, hätten die Angehörigen Angst, ihre Kranken in die Hospitäler zu bringen.

Das in das liberianische Aktionsprogramm der Regierung eingebettete ADRA-Projekt beinhalte psychosoziale Unterstützung für die betroffene Bevölkerung und trage zur Kontrolle der Infektion bei. Dabei gehe es um eine breit angelegte Aufklärungskampagne zum Schutz vor Ebola und die Verbesserung der Gesundheitsdienstleistungen auf Dorfebene, teilte ADRA-Österreich mit.

Dafür seien Bewusstseinskampagnen zu Schutzmaßnahmen vor Ebola für eine Zielgruppe von 87.000 Menschen vorgesehen. Sechs Ebola-Überlebende aus den Dorfgemeinschaften würden als lebendige Zeugen in ihrer Region Sensibilisierungsmaßnahmen unterstützen, um die Angst der Bevölkerung vor den Gesundheitseinrichtungen abzubauen. Gesundheitskomitees in den Dörfern bekämen Unterstützung in ihrer Sanitär- und Hygieneausbildung. 190 Handwascheinrichtungen sollen an stark frequentierten Orten, wie Schulen, Märkten oder Gesundheitszentren, aufgestellt werden. Da der gesamte Hausrat von betroffenen Familien verbrannt werde, um Keime abzutöten, stelle ADRA 200 Ebola-Solidaritäts-Sets mit Nahrungsmitteln und persönlichen Gegenständen für überlebende Familienmitglieder zur Verfügung. Diese würden zudem psychosozial betreut. Außerdem erhielten acht Gesundheitseinrichtungen Ausrüstungsmaterial für den persönlichen Schutz der Mitarbeiter. (1.990 Zeichen)

Zusätzliches Einkommen schon nach wenigen Wochen

Wien/Österreich, 16.12.2014/APD Mit einem neuen Projekt möchte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich 16.000 Kleinbauern in Nepal anleiten, ihre Landwirtschaft so effizient zu gestalten, dass sie davon mit ihren Familien leben könnten. So würden in einem Dorf Frauen beispielsweise Minze anbauen, die großgezogenen Setzlinge verkaufen und schon nach wenigen Wochen zu etwas Geld kommen, berichtet ADRA-Direktor Marcel Wagner (Wien).

Minzesetzlinge für die Region hätten die Bauern vorher nur in Indien kaufen können. Nun wären sie auch in ihrer Nähe verfügbar. Die erste Frauengruppe verkaufe die Setzlinge bereits an die nächsten Gruppen im Projekt. Aus der Minze könne ätherisches Öl gewonnen werden, das einen guten Preis erziele. Pflanzen mit ätherischen Ölen wie Minze hätten aber noch einen anderen Vorteil: Sie würden kaum von Tieren wie Ziegen abgefressen, was auf einem Getreide- oder Gemüsefeld schnell geschehen könne. (869 Zeichen)

Medien

Viele Jugendliche von Informationsflut durch Smartphones überfordert

Stuttgart, 16.12.2014/APD Smartphones haben unseren Alltag verändert. Das Lesen, Beantworten und Verwalten aller eingehenden Nachrichten nimmt immer mehr Zeit in Anspruch. Handypausen seien selten und müssten bewusst gestaltet werden. Diese zunehmende Informationsflut und ständige Erreichbarkeit werde auch von Jugendlichen als problematisch wahrgenommen. 64 Prozent der zwölf- bis 19-jährigen Smartphone- und Handybesitzer stimmten der Aussage zu, dass sie zu viel Zeit mit dem Handy/Smartphone verbringen würden. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen sei manchmal genervt von der Fülle eingehender Nachrichten. Trotzdem befürchte jeder Vierte, etwas zu verpassen, wenn das Handy/Smartphone ausgeschaltet ist. Das geht aus der JIM-Studie 2014 (Jugend, Information, [Multi-] Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest hervor.

Das Thema Apps werde von Jugendlichen eher pragmatisch angegangen und spiele im Freundeskreis keine allzu große Rolle. Nur jeder fünfte Jugendliche möchte neue Apps, welche die Freunde installiert haben, auch so schnell wie möglich nutzen. Deshalb überrasche es nicht, dass Jugendliche durchschnittlich nur 19 Apps auf ihrem Mobiltelefon installiert hätten. Angesichts des großen Angebots an kostenlosen Handy-Anwendungen stelle sich die Frage, ob einige wenige Apps alle gewünschten Funktionen erfüllten, oder ob der Markt für Jugendliche zu unüberschaubar sei.

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, [Multi-] Media) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Jugendlichen in Deutschland ab. Für die Befragung wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2014 telefonisch befragt. (1.625 Zeichen)

APD

Nachrichtenagentur APD Schweiz feiert 40-jähriges Jubiläum

30 Jahre APD Deutschland

Basel/Schweiz, 16.12.2014/APD Ende November feierte die Schweizer freikirchliche Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ihr 40-jähriges Bestehen. Die Gründung der Agentur erfolgte 1974 auf Initiative des Basler Journalisten Christian B. Schäffler. APD wendet sich mit seinen Diensten vor allem an die säkularen Medien (Printmedien, Onlinemedien, Radio, Fernsehen), an die kirchliche Presse und andere Einrichtungen der öffentlichen Information. Seit dem Ausbau und der Neupositionierung des deutschsprachigen kirchlichen Pressedienstes zu einer Nachrichtenagentur im Jahre 2004 ist APD ein fester Bestandteil der Medienwelt im deutschen Sprachraum geworden. Sitz der Agentur ist Basel.

APD informiert mit Nachrichten, Berichten, Kommentaren und Dokumentationen aus der christlichen Welt. Neben den innerkirchlichen Entwicklungen sind Themen der Entwicklungshilfe, Menschenrechte/Religionsfreiheit, Kirche & Staat sowie Ökumene Schwerpunkte der Berichterstattung. Die Agentur arbeitet nach journalistischen Richtlinien. Dazu zählt die Verpflichtung zu wahrer, objektiver und umfassender Berichterstattung. Obwohl APD ein integrierter Bestandteil der adventistischen Kommunikationsstruktur in der Schweiz ist, arbeitet die Agentur unabhängig von der Kirchenleitung. Kennzeichnend sind eine unabhängige Berichterstattung, Verbundenheit mit der Kirche und parteipolitische Unabhängigkeit.

Die APD-Agenturmeldungen werden elektronisch verbreitet. Sie können auch auf der im Internet publizierten Webseite <http://www.stanet.ch/apd/> online gelesen werden. Seit über 30 Jahren erscheinen die Texte außerdem als monatliche Zusammenfassung in den „APD-INFORMATIONEN“ (ISSN 1423-9590). Empfänger dieser Printausgabe sind neben den Medien vor allem Archive, Bibliotheken, Forschungsstellen und Privatpersonen.

APD Schweiz steht im Austausch mit dem 1984 gegründeten Adventistischen Pressedienst in Deutschland (APD Deutschland) mit Sitz in Ostfildern bei Stuttgart (www.apd.info), der dieses Jahr sein 30-jähriges Bestehen feiert, sowie mit weiteren kirchlichen Medienagenturen, vorwiegend in den USA und Australien. Chefredakteur von APD Schweiz ist seit 2010 Herbert Bodenmann.

Der Gründer von APD Schweiz, Christian B. Schäffler, leitete von 1974 bis 2003 ehrenamtlich die Abteilung für Kommunikation und zwischenkirchliche Beziehungen der Freikirchenleitung

der Siebenten-Tags-Adventisten in der deutschen Schweiz. In dieser Eigenschaft gründete er 1974 den „Adventistischen Pressedienst“ (APD). Er blieb dessen Leiter und Chefredakteur bis 2010. Schäffler war 1982 ferner an der Gründung des französischen adventistischen Pressedienstes (BIA) und 1984 an der Entstehung des APD Deutschland maßgeblich beteiligt. Seit 1992 arbeiten die APD-Redaktionen in der Schweiz und in Deutschland redaktionell eng zusammen. (2.551 Zeichen)

Buchrezension

Paul Metzger, „Brennpunkt Ökumene: Möglichkeiten am Ort“, Verlagshaus Speyer, Speyer, 2014, 96 Seiten, Paperback, 9,90 Euro, ISBN 978-3-939512-65-3

Mit diesem Buch will Paul Metzger, Referent für die Bearbeitung von Grundsatzfragen katholischer Theologie am Konfessionskundlichen Institut Bensheim, ökumenische Fragen, welche die beiden großen Konfessionen betreffen, in allgemein verständlicher Sprache darstellen. Anlass des Bändchens ist der für Pfingsten 2015 geplante „Ökumenische Kirchentag“, den das römisch-katholische Bistum Speyer gemeinsam mit der Evangelischen Kirche der Pfalz gestalten möchte. Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher auf die evangelische und die römisch-katholische Kirche, orthodoxe Kirchen und Freikirchen bleiben außer Acht. Es ist ein Buch für Laien, die sich für ökumenische Fragen interessieren, und sich fragen, ob die Trennung noch nötig ist. Für Metzger „sind genug Brücken gebaut, um die Gräben zwischen den Konfessionen zu überwinden und in der Praxis gemeinsam zu handeln und zu feiern.“ Nicht das gemeinsame Handeln, sondern das konfessionelle Eigenleben sei begründungspflichtig, so der Autor. Auf den knapp 100 Seiten schlägt Metzger auch konkrete Möglichkeiten vor, wie das Miteinander von katholischen und evangelischen Christen verbessert werden könnte.

Bereits in der Anlage des Buches kommt dieses Anliegen zum Tragen: Das von einem Pfarrer der evangelischen Landeskirche geschriebene Bändchen wird vom katholischen Blickwinkel „eingerahmt“: Johanna Rahner, Theologie-Professorin in Tübingen, geht in ihrem Vorwort auf das theologische Gewicht von kirchlichem Handeln vor Ort ein. Abt Marianus Bieber stellt in seinem Nachwort vier Modelle geistlicher Ökumene vor. Die ersten beiden Kapitel können als Einleitung gelesen werden. Metzger gibt darin einen Überblick über das Thema sowie eine präzise und kompakte Analyse unserer heutigen Lebenswelt. Daneben besteht das Buch aus zwei größeren Teilen.

Im ersten Teil werden grundsätzliche Fragen aus drei Perspektiven behandelt. Aus einer ersten, historischen Perspektive erklärt der Autor die Gründe für die Trennung der Kirchen. Aus einer zweiten, der Gegenwartsperspektive, nähert sich Metzger der Frage, warum die Kirchen heute noch getrennt sind. Hier werden das Kirchenverständnis, das Amtsverständnis und die Bibelhermeneutik der beiden großen Kirchen gegenübergestellt. Die dritte, auch in die Zukunft gerichtete Perspektive untersucht, ob diese Trennung weiterhin bestehen muss. Fazit des Autors: Es gibt eine hohe Übereinstimmung in Glaubensdingen. An den bestehenden Gräben sollte die Gemeinschaft der Kirchen nicht scheitern, da „es bereits seit längerer Zeit selbst über diese Gräben Brücken gibt, über die man gehen kann“ (Seite 58).

Der zweite Teil nimmt mit der Überschrift „Brennpunkte der Ökumene“ den Gesamttitel wieder auf. Hier kommt die zwischenkirchliche Problematik in den Bereichen „ökumenische Gottesdienste“, „Taufe“, „Abendmahl“ und „Ehe“ in den Blick. Zunächst wird der gegenwärtige Stand des Problems dargestellt. Danach sollen theologische Überlegungen zu grundsätzlichen

Lösungen überleiten. Diese Lösungsvorschläge sind bewusst pragmatisch gehalten und wenden sich vor allem an die Ebene von Bistum und Landeskirche. Metzger geht es bei seinen Ausführungen nicht um eine Einheitskirche, oder „darum, dass eine Kirche die andere so lange überredet, bis diese einsieht, dass die andere ‚besser‘ ist und zu ihr zurückkehrt“ (Seite 46). Die Vielfalt der Konfessionen sei selbst im Neuen Testament angelegt (Seite 45). „Es geht darum, dass beide Kirchen sich weiterentwickeln, dass sie voneinander lernen und dabei auch von Gott immer mehr erfahren. Je mehr sie sich auf Christus zu entwickeln, desto näher kommen sie auch einander“ (Seite 46).

Metzger schreibt zwar mit einem pragmatischen Optimismus, bescheidet sich aber auch selbst, wenn er angibt, dass es nicht um „die“ Lösung „der“ ökumenischen Probleme des katholisch-evangelischen Dialogs überhaupt gehe (Seite 11). Auch wolle er nicht den Eindruck erwecken, alle ökumenischen Probleme seien in der evangelischen Kirche gelöst und lediglich „die Katholiken“ verweigerten sich (Seite 10). Dennoch fällt beim Lesen auf, dass gerade bei den „Brennpunkten der Ökumene“ doch immer noch manche Gräben existieren, die dem Rezensenten relativ breit vorkommen, beispielsweise bei der Frage der konfessionsverschiedenen Ehe und der Eucharistie.

Das Buch gibt einen aktuellen, erstaunlich kompakten Einblick in eine komplexe und historisch weit umfassende Thematik auf knappem Raum. Es ist darüber hinaus engagiert geschrieben und leicht zu lesen. Auch wenn nur die Positionen der beiden großen Konfessionen behandelt werden, ist das Bändchen doch jedem zu empfehlen, der sich in kurzer Zeit mit den zwischenkirchlichen Chancen und Herausforderungen bekannt machen möchte. Jens-Oliver Mohr

„Biblia Graeca. Septuaginta / Novum Testamentum Graece“, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart, 2014, Festeinband, 3216 Seiten, 76,00 Euro, ISBN: 978-3-438-05152-3.

Als neue wissenschaftliche Ausgabe ist bei der Deutschen Bibelgesellschaft die „Biblia Graeca“ erschienen. Der Band vereint die beiden wissenschaftlichen Standardausgaben des griechischen Alten und Neuen Testaments einschließlich aller Einleitungen, Apparate und Anhänge. Im Alten Testament ist dies die Septuaginta (Editio altera von 2006) und im Neuen das Novum Testamentum Graece (28. Auflage von 2012).

Mit der Biblia Graeca ist erstmals die vollständige griechische Bibel in einem Band zusammengefasst. Viele Autoren der neutestamentlichen Schriften lasen das Alte Testament nicht in Hebräisch und Aramäisch, sondern in der griechischen Übersetzung. Entsprechend zitierten sie auch nach der Textfassung der Septuaginta. Die neue Ausgabe ist daher ein wichtiges Hilfsmittel für die wissenschaftliche Arbeit am Text der Bibel.

Im Alten Testament bietet der vorliegende Band eine bearbeitete Fassung der kritischen Handausgabe der Septuaginta von Alfred Rahlfs. Sie wurde vom Göttinger Septuaginta-Experten Professor Dr. Robert Hanhart einer „maßvollen Revision“ unterzogen. Der Alttestamentler hob hervor, dass Rahlfs' in sich geschlossener editorischer Gesamtentwurf sich seit 70 Jahren als Standardausgabe bewährt hat.

Das Neue Testament liegt in der 28. Auflage des Novum Testamentum Graece vor, nach den früheren Bearbeitern auch „Nestle-Aland“ genannt. Es handelt sich international um die aktuelle Standardausgabe für Wissenschaft und Bibelübersetzung. Ein Schwerpunkt der Revision lag auf den Katholischen Briefen mit rund 30 Änderungen im Obertext sowie einem neu erarbeiteten textkritischen Apparat mit neuer Zeugen- und Variantenauswahl. Herausgeber ist das Institut für Neutestamentliche Textforschung an der Universität Münster (INTF).

Ralf Thomas Müller